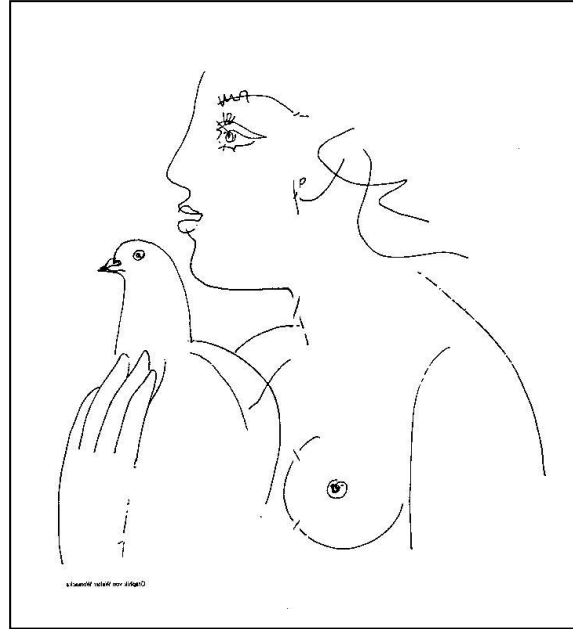


Nr. 204



Deutschlands globaler Horizont (I/II)
aus German-Foreign-Policy

**„Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur
Zukunft der Bundeswehr“**

Theodor Hoffmann, Admiral a. D. der NVA

Ein Schwarzbuch ganz in Weiß

Gedanken zum 12. Weißbuch über die Sicherheitspolitik und die
Zukunft der Bundeswehr

Walter Müller, Oberstleutnant a.D. der NVA

„Abrüsten ist das zentrale Ziel“

Forderungen der Friedensbewegung

Vorbemerkung:

Am 13.07.2016 wurde das Weißbuch der Bundeswehr vom Parlament verabschiedet. Es ist die Richtlinie der Bundesregierung in ihrem Bestreben um Macht und Einfluss. Im Folgenden dokumentieren wir Standpunkte und Meinungen zu diesem Thema.

Deutschlands globaler Horizont (I) 14.07.2016

BERLIN (Eigener Bericht) - Im neuen "Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr" formuliert die Bundesregierung offiziell ihren Anspruch auf eine führende Rolle in der Weltpolitik. "Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global", heißt es in dem gestern veröffentlichten Dokument, das als "das oberste sicherheitspolitische Grundlagendokument Deutschlands" firmiert. Berlin sei bereit, "Führung zu übernehmen", heißt es weiter; gefordert wird die ständige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Insgesamt geht die Bundesregierung zwar von einem ökonomischen und infolgedessen auch politisch-militärischen Einflussverlust der westlichen Mächte aus; sie erklärt, "das internationale System" entwickle sich hin zu einer "multipolaren Ordnung". Doch blieben "auch in einer derart multipolaren Welt" die Vereinigten Staaten eine prägende Macht; insofern werde man militärisch weiterhin "gemeinsam mit den USA" die größte Schlagkraft entwickeln können. Freilich müssten "unsere amerikanischen Partner" von nun an "den Weg gemeinsamer Entscheidungsfindung gehen". Bezüglich Russlands spricht das Weißbuch explizit von "strategischer Rivalität". Diese resultiere daraus, dass Moskau sich in der Weltpolitik "als eigenständiges Gravitationszentrum" präsentiere.

Die globale Ordnung

Das neue Weißbuch formuliert offen den Anspruch Berlins, in Zukunft eine führende Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Dieser Anspruch ist in den vergangenen Jahren immer wieder öffentlich vorgetragen worden. "Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen", hieß es etwa vor fast drei Jahren in einem Strategiepapier, das von rund 50 teils hochrangigen Personen aus dem außenpolitischen Establishment der Bundesrepublik erstellt und im

Oktober 2013 von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) publiziert wurde.[1] Im Weißbuch heißt es nun ähnlich, die Bundesrepublik sei "ein in hohem Maße global vernetztes Land", das "aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung" daran gehen werde, "die globale Ordnung aktiv mitzugestalten": "Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen ... und Führung zu übernehmen". Die Bundesrepublik werde nicht nur "zunehmend als zentraler Akteur in Europa wahrgenommen"; sie "gestalte" darüber hinaus die "internationale Ordnung mit": "Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global. Dieser umfasst ausdrücklich auch den Cyber-, Informations- und Weltraum." Entsprechend erklärt die Bundesregierung im Weißbuch auch, man sei "bereit", "ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates" zu werden.[2]

Rohstoffe und Handelswege

Auch die Beschreibung deutscher Interessen sowie tatsächlicher oder angeblicher Bedrohungen für die Bundesrepublik knüpft unmittelbar an die Debatte der vergangenen Jahre an. Die deutsche Wirtschaft sei "auf gesicherte Rohstoffzufuhr und sichere internationale Transportwege angewiesen", heißt es im Weißbuch: "Die Sicherheit maritimer Versorgungswege und die Garantie der Freiheit der Hohen See sind für eine stark vom Seehandel abhängige Exportnation wie Deutschland von herausragender Bedeutung." Hinzu komme, dass inzwischen auch "funktionierende Informations- und Kommunikationswege" unverzichtbar seien: "Deutschland muss sich daher für die ungehinderte Nutzung der Land-, Luft- und Seeverbindungen ebenso wie des Cyber-, Informations- und Weltraums einsetzen." Als zentrale Bedrohungen werden daher nicht nur "zwischenstaatliche Konflikte", "transnationaler Terrorismus" und "fragile Staatlichkeit" genannt, sondern auch die "Gefährdung ... der Rohstoff- und Energieversorgung" sowie "Herausforderungen aus dem Cyber- und Informationsraum". Originell ist der Gedanke, "weltweite Aufrüstung" im Weißbuch als Bedrohung aufzuführen: Die Bundesrepublik, drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt [3], könnte die in der Tat brandgefährliche globale Hochrüstung mit dem Stopp ihrer Waffenausfuhren im Handumdrehen massiv verrin-

gern. Zu den Bedrohungen, denen Deutschland zurzeit ausgesetzt sei, zählt das neue Weißbuch neben "Pandemien und Seuchen" auch "unkontrollierte und irreguläre Migration".

Machtverschiebungen

Bei der Durchsetzung seiner weltweiten Interessen ist Deutschland dem Weißbuch zufolge mit weitreichenden Verschiebungen in den globalen Machtverhältnissen konfrontiert. "Perspektivisch" werde die Bundesrepublik ihre derzeitige "Stellung als weltweit viertgrößte Wirtschaftsmacht einbüßen", heißt es: "Die Volkswirtschaften aufstrebender Mächte in Asien und Lateinamerika werden nach heutigem Ermessen in den kommenden Jahren das deutsche ... Bruttoinlandsprodukt überholen." Der Aufstieg vor allem Chinas, aber auch Indiens und auf lange Sicht auch Brasiliens habe Folgen: "Resultat des wirtschaftlich, politisch und militärisch weiter wachsenden Einflusses von Schlüsselstaaten vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika" seien "Multipolarität und geopolitische Machtverschiebungen". Resümierend heißt es im Weißbuch: "Das internationale System entwickelt sich zu einer politisch, wirtschaftlich und militärisch multipolaren Ordnung." Infolgedessen könnten sich "konkurrierende Ordnungsentwürfe für die Ausgestaltung internationaler Politik entwickeln", heißt es weiter; das sei ein "Risiko". Über die globalen Machtverhältnisse der Zukunft sagt das Weißbuch voraus: "Die USA werden die internationale Sicherheitspolitik auch in einer derart multipolaren Welt weiterhin prägen."

Bündnis auf Gegenseitigkeit

Entsprechend folgert das Weißbuch: "Nur gemeinsam mit den USA kann sich Europa wirkungsvoll gegen die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts verteidigen". "Bündnissolidarität" sei deshalb "Teil deutscher Staatsräson". "Wahrnehmung deutscher Interessen" bedeute entsprechend "immer auch Berücksichtigung der Interessen unserer Verbündeten"; Berlin nehme "in Sicherheitsfragen bewusst gegenseitige Abhängigkeiten in Kauf", nicht zuletzt die Abhängigkeit "von einer engen Sicherheitspartnerschaft mit den USA". Allerdings müssten derlei "Interdependenzen" nun "im Interesse unserer Souveränität ... grundsätzlich auf Gegenseitigkeit angelegt sein". Vor allem Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat in

jüngster Zeit mehrmals den gegenüber den Vereinigten Staaten gestiegenen Machtanspruch Berlins betont, zudem die Vorstellung von einer US-dominierten "unipolaren Welt" zur "Illusion" erklärt [4] und ausdrücklich dafür geworben, die EU zur "unabhängigen" globalen Macht zu formen [5]. Das Weißbuch bestätigt nun, die deutschen Aktivitäten im transatlantischen Bündnis beruhen "auf einer klaren nationalen Positionsbestimmung". Die "transatlantische Sicherheitspartnerschaft" werde sich dabei "umso intensiver und fruchtbarer weiterentwickeln", je stärker "unsere amerikanischen Partner den Weg gemeinsamer Entscheidungsfindung gehen".

Strategische Rivalität

Erstmals seit 1990 erklärt das Weißbuch mit Russland einen Staat ausdrücklich zum "Rivalen". Dabei räumt die Bundesregierung in dem Dokument ein, "die Krise in der und um die Ukraine" sei "konkreter Niederschlag einer langfristigen innen- und außenpolitischen Entwicklung". Unerwähnt bleibt freilich - wie üblich - die treibende Rolle Berlins und Washingtons bei der Herbeiführung des Konflikts.[6] Über die russische Reaktion auf die westliche Aggression heißt es: "Russland wendet sich ... von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. International präsentiert sich Russland als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Anspruch." Daraus folgert das Weißbuch: "Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland ... auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent darstellen". Die Absicht, kein "eigenständiges Gravitationszentrum" zu dulden, erklärt die neuen Aggressionen der NATO und die deutsche Beteiligung daran.[7] Dennoch heißt es weiter, die EU verbinde mit Russland "nach wie vor ein breites Spektrum gemeinsamer Interessen und Beziehungen"; es müsse deshalb in Zukunft wieder "eine belastbare Kooperation mit Russland" geben. Das Weißbuch schreibt die in jüngster Zeit von Berlin geforderte "Doppelstrategie" [8] gegenüber Moskau explizit fest: "Im Umgang mit Russland" überaus "wichtig" sei "die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung und Aufbau von Resilienz einerseits und Ansätzen kooperativer Sicherheit und sektoraler Zusammenarbeit andererseits".

[1] Neue Macht - Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch. Ein Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund of the United States (GMF). Oktober 2013. S. dazu [Die Neuvermessung der deutschen Weltpolitik](#).

[2] Zitate hier und im Folgenden aus: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin, Juni 2016.

[3] S. dazu [Die Rüstungsoffensive des Westens](#).

[4] S. dazu [Auf Weltmachtniveau](#).

[5] S. dazu [Die Europäische Kriegsunion](#).

[6] S. dazu [Expansiver Ehrgeiz](#) und [Koste es, was es wolle](#).

[7] S. dazu [An der russischen Grenze](#).

[8] S. dazu [Abschreckung und Dialog](#).

Deutschlands globaler Horizont (II) 15.07.2016

BERLIN (Eigener Bericht) - Das neue Bundeswehr-Weißbuch fordert Maßnahmen zur Vorbereitung der deutschen Gesellschaft auf erwartete Gegenschläge gegen deutsche Auslandsinterventionen. Um "Deutschlands Handlungsfreiheit zu erhalten", müssten "Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ihre Widerstands- und Resilienzfähigkeit erhöhen" - mit dem Ziel, nicht näher erläuterte etwaige "Schadensereignisse", die auf die "Handlungen" Berlins folgten, "absorbieren zu können", heißt es in dem Dokument. Das Weißbuch, das in seinem Hauptteil die strategische Grundorientierung der Bundesrepublik vornimmt, fordert zudem eine Straffung der strategischen Entscheidungsfindung und eine stärkere Einbeziehung ziviler Kräfte in die Realisierung der staatlichen Strategien. Auf EU-Ebene dringt es auf umfassende Maßnahmen zur Verflechtung der nationalen Streitkräfte der Mitgliedstaaten und zur Bündelung der nationalen Rüstungsindustrien; Deutschland allerdings müsse seine "Schlüsseltechnologien" im Wehrbereich behalten. Das oberste Strategiedokument der Bundesregierung sieht zudem die Auffrischung der deutschen Streitkräfte durch die Übernahme von Bürgern der EU-Verbündeten vor.

Die Europäische Kriegsunion

Zu den Forderungen, die sich aus dem neuen Weißbuch der Bundeswehr ergeben, gehört eine weitere Militarisierung der EU. "Als Fernziel strebt Deutschland eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion an", heißt es in dem Papier. "Auf dem Weg zu dieser" setze man "auf die Nutzung aller durch den Lissaboner Vertrag eröffneten Möglichkeiten" zur intensiveren militärischen Kooperation; vor allem solle "das engmaschige und vielfältige bi- und multilaterale verteidigungs- und militärpolitische Beziehungsgeflecht der EU-Mitgliedstaaten untereinander" ausgebaut werden.[1] Als Beispiele für die erwünschte engere Zusammenarbeit der nationalen Streitkräfte innerhalb der EU führt das Weißbuch bestehende Formen der "Streitkräfteintegration" auf, etwa die Deutsch-Französische Brigade, "dauerhafte wechselseitige Truppenunterstellungen wie zum Beispiel zwischen Deutschland und den Niederlanden sowie zwischen Deutschland und Polen" [2] oder die "Bereitstellung multinationaler Kommandostrukturen" wie im Fall des Multinationalen Kommandos Operative Führung in Ulm [3]. Genannt wird auch die "Streitkräfteverflechtung" zum Beispiel in den EU Battle Groups und im Europäischen Lufttransportkommando (EATC) [4], aber auch innerhalb der NATO, etwa im Rahmen der NATO-"Speerspitze" [5]. Die "Interoperabilität der Streitkräfte in Europa" müsse erhöht werden, "um die Handlungsfähigkeit Europas weiter zu verbessern", heißt es.[6]

Zivil-militärische Führung

Darüber hinaus verlangt das Weißbuch die "Europäisierung" der Rüstungsindustrie. Es gelte, "militärische Fähigkeiten gemeinsam zu planen, zu entwickeln, zu beschaffen und bereitzustellen", heißt es; dazu sei "eine weitergehende Restrukturierung und Konsolidierung der Verteidigungsindustrien in Europa erforderlich". Allerdings legt Berlin Wert darauf, dass "nationale Schlüsseltechnologien" in Deutschland verbleiben; es gehe darum, "die eigene technologische Souveränität ... zu bewahren", um so "die militärischen Fähigkeiten und die Versorgungssicherheit der Bundeswehr ... technologisch und wirtschaftlich sicherzustellen". Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass andere EU-Staaten im Zuge der Zusammenführung der Rüstungsindustrien auf ihre "technologische Souveränität"

zu verzichten haben. Schließlich dringt das Weißbuch darauf, auch auf EU-Ebene die Einbindung ziviler Organisationen und Institutionen in die militärischen Planungen voranzutreiben. Die "Integration ziviler und militärischer Fähigkeiten" müsse intensiviert werden, heißt es: "Zur Stärkung der Reaktions- und Einsatzfähigkeit der EU im zivilen und militärischen Bereich" strebe man "mittelfristig ein ständiges zivil-militärisches operatives Hauptquartier und damit eine zivil-militärische Planungs- und Führungsfähigkeit an". Dies sei "in dieser Weise noch nicht in den EU-Mitgliedstaaten vorhanden".

Europäer für Deutschland

Nicht zuletzt kündigt das Weißbuch an, Deutschland werde unmittelbar auf die Bürger der übrigen EU-Staaten zurückzugreifen, um den Personalbestand der Bundeswehr aufzustocken. Den deutschen Streitkräften gelingt es bislang nur höchst unzureichend, neue Rekruten zu gewinnen - und dies, nachdem erst kürzlich die feste Obergrenze für die Zahl der Bundeswehrangehörigen aufgehoben wurde, um, wie es im Weißbuch heißt, "den Personalkörper bedarfsgerecht anzupassen, wenn sich die sicherheitspolitische Lage und damit die Anforderungen an die Bundeswehr ändern". Zur Nachwuchsgewinnung will sich Berlin in Zukunft also auch bei seinen engsten Verbündeten bedienen. Die "Öffnung der Bundeswehr für Bürgerinnen und Bürger der EU" biete "nicht nur ein weitreichendes Integrations- und Regenerationspotenzial für die personelle Robustheit der Bundeswehr"; sie sei darüber hinaus "ein starkes Signal für eine europäische Perspektive", heißt es dazu im Weißbuch. Der deutsche Zugriff auf die Ressourcen anderer EU-Staaten weitet sich damit nun auch auf deren Bevölkerung aus. Nach Lage der Dinge käme vor allem das personelle Ausweiden der verarmten Regionen im Süden und im Osten der EU in Betracht. Ein ähnliches Vorgehen ist in Europa bislang aus Spanien bekannt: Die spanischen Streitkräfte werben Rekruten in Spaniens ehemaligen Kolonien an. Die Bundesregierung verallgemeinert das kolonial geprägte Verhältnis nun auf Deutschland und seine "Partner" in der EU.

Strategiefähigkeit

In Vorbereitung auf künftige Kriege nimmt das Weißbuch schließlich auch Deutschlands innere Formierung in den Blick. Erkennbar ist ein Mix aus einer Straffung der tatsächlichen Entscheidungswege bei gleichzeitiger Ausweitung des strategisch nutzbaren Umfelds. So soll der Bundessicherheitsrat, ein exklusives Gremium, dem die Kanzlerin, der Kanzleramtschef und die mächtigsten Minister angehören, aufgewertet werden. Er werde sich in Zukunft "kontinuierlicher mit strategischen Fragen" befassen, "um seine Rolle als strategischer Impulsgeber weiter zu stärken", heißt es; damit werden entscheidende Fragen der deutschen Außenpolitik dem parlamentarischen Feld noch stärker als bisher entzogen und zur Domäne eines kleinen Zirkels in Berlin. Außerdem sollen die "Kompetenzen" der Regierung "in den Bereichen strategische Vorausschau, Steuerung und Evaluierung ausgebaut und miteinander verknüpft werden", um die staatliche "Strategiefähigkeit" zu verbessern. Da einerseits Auslandsinterventionen häufig als Eingriffe zur Beilegung von Krisen legitimiert werden, andererseits aber Gegenschläge zu echten Krisen im Inland führen können, sieht das Weißbuch vor, dass "Prioritäten des Krisenmanagements ... und gemeinsame Handlungsansätze für konkrete Krisenlagen in geeigneten ... Gremien abgestimmt" werden. "Angesichts der Bandbreite möglicher Herausforderungen", heißt es summarisch, sei "unser sicherheitspolitisches Instrumentarium ... agil und flexibel auszugestalten".

Im Schadensfall

Dies bezieht ausdrücklich nichtstaatliche Milieus ein. So heißt es im Weißbuch, "zur Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität" müsse die "Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren" intensiviert werden - etwa durch den "Aufbau eines Netzwerkes", in das gesellschaftliche Kräfte unterschiedlichster Art integriert werden. "Im Schadensfall", also wenn ein Gegenschlag gegen äußere Aggressionen des deutschen Staates erfolgt, müsse "gesellschaftlicher Selbstschutz und Selbsthilfe" staatliche "Bewältigungsmaßnahmen" ergänzen. Dabei gehe es nicht nur um materielle Schäden, sondern auch um die "öffentliche Meinung", die "vielfach Versuchen externer Einflussnahme ausgesetzt" sei. Der gesellschaftliche Zusammenschluss gegen einen äußeren Gegner,

der entschlossenes Vorgehen im Konflikt- und Kriegsfall erst ermöglicht, wird im Weißbuch mit dem modischen Schlagwort "Resilienz" bezeichnet. "Resilienz" strebe, so heißt es, den Ausbau der Widerstandsfähigkeit "von Staat und Gesellschaft gegenüber Störungen" an.

Deutschlands Handlungsfreiheit

Dabei werden in Berlin offenbar sogar schwerste "Schadensfälle" nicht ausgeschlossen: Explizit konstatiert das Weißbuch, Ziel der "Resilienzbildung" müsse es sein, "Schadensereignisse absorbieren zu können, ohne dass die Funktionsfähigkeit [!] von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigt wird". Über den Anlass der Konflikte, aus denen sich die "Schadensfälle" zu ergeben drohen, heißt es: "Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssen ihre Widerstands- und Resilienzfähigkeit erhöhen, um Deutschlands Handlungsfreiheit zu erhalten".

[1] Zitate hier und im Folgenden aus: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin, Juni 2016.

[2] S. dazu [Der deutsche Weg zur EU-Armee \(I\)](#) und [Der deutsche Weg zur EU-Armee \(V\)](#).

[3] S. dazu [Botschaft an die Weltöffentlichkeit](#).

[4] S. dazu [Der deutsche Weg zur EU-Armee \(III\)](#).

[5] S. dazu [Kriegsführung im 21. Jahrhundert \(I\)](#) und [Kriegsführung im 21. Jahrhundert \(II\)](#).

[6] S. auch [Die Europäische Kriegsunion](#).

„Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ (Redekonspekt)

von **Theodor Hoffmann, Admiral a.D.**,

letzter Minister für Nationale Verteidigung der DDR

Regierungen und Parteien nutzen Farbbücher, so die Bezeichnung lt. Brockhaus, um ihre Politik zu erläutern, sich mit dem politischen Gegner auseinander zu setzen, oder zu Ereignissen Stellung zu nehmen. Aus DDR-Zeiten sind uns Farbbücher bekannt. Das Bekannteste war wohl das Braunbuch über den Umgang mit der braunen Vergangenheit in der BRD.

Am 13. 07. 2016, wurde das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr der Öffentlichkeit vorgestellt.

Es erschien in einer komplizierten Zeit, die gekennzeichnet war und ist, durch viele Bedrohungen (Kriege, Bürgerkriege, Terrorismus, Migration, Erstarren der rechten Kräfte, Cyberkrieg, Krise in der EU usw.) und in der das Verhältnis der Westmächte zu Russland eine wichtige Rolle spielt.

So ist das Weißbuch eine Art Doktrin zur Begegnung der genannten Bedrohungen. Zwei Jahre zuvor war die Bevölkerung zur Mitarbeit und zur Diskussion aufgerufen worden.

Aus dem Inhalt des Weißbuches ist nicht ersichtlich, ob Vorschläge aus der Bevölkerung Berücksichtigung fanden. Wohl eher nicht.

In den einführenden Bemerkungen der Bundeskanzlerin und der Bundesministerin der Verteidigung wird darauf hingewiesen, dass das Weißbuch auch weiterhin zur Diskussion steht.

Es scheint so, als ob die Diskussion auch gegenwärtig, wenn wir von den Aktivitäten des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR absehen, nicht richtig an Fahrt gewinnt, obwohl doch zur Zeit die Fragen der Sicherheit im Fokus stehen.

Wer in den vergangenen Jahren aufmerksam die Äußerungen zu Fragen der Sicherheit und zum Militär von Politikern der BRD verfolgt hat, wird im Weißbuch nicht allzu viel Neues entdecken.

Im Prinzip ist das Weißbuch eine Fortschreibung des von der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 vorgestellten Papiers „Neue

Macht, neue Verantwortung“, mit dem eine Wende in der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik eingeleitet wurde.

Es bedeutet: Schluss mit der bisher geübten Zurückhaltung. Deutschland strebt als größtes europäisches NATO-Mitglied mehr Mitsprache in der Welt und Hegemonie in Europa an.

Dieses „mehr Verantwortung“ betrifft auch den militärischen Bereich. Die Hegemoniebestrebungen Deutschlands werden nicht von allen Staaten der EU begrüßt. In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, dass sich im Jahre 1990 die britische Premierministerin Thatcher und der französische Präsident Mitterrand anfänglich gegen die Einheit Deutschlands aussprachen. Sie befürchteten das große Gewicht der nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes größeren BRD.

Die BRD hegt Großmachtambitionen. Das bedeutet nach heutigem Verständnis: Wirtschaftliche Stärke, internationales Ansehen und Vernetzung, einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat, die Fähigkeit weltweit militärisch agieren zu können und die Mitverfügung über Kernwaffen.

Die ersten beiden Kriterien sind erfüllt. Ein ständiger Sitz im Weltsicherheitsrat wird angestrebt. Die Entwicklung der Bundeswehr zu einer weltweit agierenden Armee wird im Weißbuch aufgezeigt.

Nachdem der Bundestag im Jahre 1958 schon einmal die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen beschlossen hatte, wird gegenwärtig in einigen Medien diese Frage wieder aufgeworfen; in einer Zeit, in der in der UNO eine Resolution zur Abschaffung der Kernwaffen eingebracht wurde.

Allein der Fakt, dass das Weißbuch vom Bundesministerium der Verteidigung erarbeitet wurde, unterstreicht, dass der militärische Faktor in der Sicherheitspolitik der BRD eine große Rolle spielt.

Da geht es um Formulierungen, dass Deutschland auf Grund seiner Wirtschaftsmacht und seines Ansehens mehr Verantwortung übernehmen muss. Deutschland will nicht nur in der Europäischen Union, sondern auch in der Weltpolitik mitbestimmen.

Die Übernahme von mehr Verantwortung ist ja auf Grund des Ansehens, das die Bundesrepublik genießt, durchaus wünschenswert, wenn sie darauf ausgerichtet ist, die globalen Herausforderungen

zu bewältigen und den Risiken mit nichtmilitärischen Mitteln zu begegnen. Dieser Verantwortung kommt Deutschland jedoch gegenwärtig nicht nach.

Deutschland liefert Waffen in Krisengebiete, US-Drohnen werden von deutschem Boden eingesetzt, Atombomben lagern in Büchel. Deutschland stimmt gegen Verhandlungen über das Verbot von Atomwaffen, deutsche Flieger üben den Kernwaffeneinsatz und die Rüstungsausgaben sollen in den nächsten Jahren auf die von der NATO geforderten 2% des BIP gesteigert werden. Außerdem ist Deutschland in dieser oder jenen Form an allen Kriegen der NATO, der USA und ihrer Verbündeten beteiligt.

Die Bundesrepublik will auch mehr Führungsverantwortung im militärischen Bereich übernehmen. Wie sagte doch der Bundespräsident während der Münchner Sicherheitskonferenz: „Deutschland kann nicht so weitermachen, wie bisher.“ Wie ernst das die Bundesregierung nimmt, zeigen die Beschlüsse der Warschauer NATO-Ratstagung und das Treffen der Regierungschefs der EU in Bratislava.

Während der NATO-Ratstagung in Warschau, im Juli 2016, wurde u.a. die Stationierung von NATO-Bataillonen in den drei baltischen Republiken und in Polen sowie die Schaffung eines europäischen Raketenabwehrsystems mit Elementen in Rumänien und Polen ohne die Einbeziehung Russlands beschlossen, obwohl ein Angebot von russischer Seite vorlag. Die Realisierung der Beschlüsse erfolgt sehr zielstrebig.

Durch die erstmalige Stationierung von US-Truppen nach dem Zweiten Weltkrieg in Norwegen, wird die Lage weiter zu gespitzt. In Warschau wurden in der Vergangenheit schon wichtige Beschlüsse gefasst. Im Jahre 1955 wurde der Warschauer Vertrag abgeschlossen, der auf Zusammenarbeit im Interesse der Erhaltung des Friedens ausgerichtet war und der während der Zeit seines Bestehens die längste Friedensperiode in Europa sicherte.

Die im vergangenen Jahr angenommenen Beschlüsse gehen in die entgegengesetzte Richtung.

Nun kann man zwar sagen, dass vier Bataillone keine große militärische Kraft darstellen. Ihre Stationierung ist jedoch eine politische

Demonstration und schafft Voraussetzungen für die Stationierung größerer Kontingente.

Die Maßnahmen sind gegen Russland gerichtet und über die russischen Reaktionen muss man sich nicht beschweren. Die heutige militär-geografische Lage gleicht der vor Beginn des zweiten Weltkrieges. Damals war die Sowjetunion durch die Wehrmacht und ihre Verbündeten eingekreist, heute ist es Russland durch die NATO. Die geschichtlichen Erfahrungen sind nicht vergessen. Die Beschlüsse der Regierungschefs der EU-Staaten von Bratislava setzen noch eins drauf. Es geht um die Schaffung eines Hauptquartiers der EU und die Bildung einer Europaarmee.

Als ersten Schritt sollen gemeinsame Sanitätseinheiten und Transportkapazitäten geschaffen werden. Die Umsetzung der Beschlüsse von Bratislava wird besonders von der Ministerin der Verteidigung der BRD energisch betrieben.

Die Beschlüsse von Warschau und Bratislava liegen ganz auf der Linie des Weißbuches. Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man annimmt, dass das Weißbuch auch richtungsweisend für die Europäische Union ist. Die Beschlüsse von Warschau und Bratislava deuten darauf hin.

Vermerken wir positiv, dass im Weißbuch die globalen Probleme und Gefahren real dargestellt und Wege zu ihrer Begegnung angedeutet sind sowie die Ansichten zur Sicherheitspolitik und zur Entwicklung der Bundeswehr öffentlich zur Diskussion gestellt werden.

Das Weißbuch beginnt einleitend mit einem Beitrag der Bundeskanzlerin. Sie geht davon aus, dass die gegenwärtige Lage durch eine Reihe von Konflikten und Krisen, vom Entstehen neuer Staaten und Staatenbündnisse gekennzeichnet ist. Sie sieht es als erstrangig an, alles zu tun, um Konflikten vorzubeugen und die Bundeswehr zu befähigen und auszurüsten, um deutsche Verantwortung wahrzunehmen.

Es sei daran erinnert, dass eine Reihe von Konflikten und ein Wandel in Staaten und Bündnissen durch die Politik der USA und ihren Verbündeten in der NATO, also durch die von westlichen Staaten begonnenen Kriege, an denen auch die BRD beteiligt war und noch ist, verursacht wurden.

Die Ministerin der Verteidigung unterstreicht, dass Deutschland zu seiner sicherheitspolitischen Verantwortung steht und bereit ist, Führung zu übernehmen. Sie geht von der Notwendigkeit europäischer, das heißt EU-Streitkräfteintegration aus und unterstreicht die Initiative der Bundeswehr in diesem Prozess.

Nach dem von Großbritannien erklärten Austritt aus der EU sind die Ansichten zur Schaffung einer Europaarmee – einer Armee der Europäischen Union – günstiger.

Der Premier Großbritanniens hatte eindringlich klargemacht, dass sein Land völkerrechtlich verbindlich festgelegt hat, dass die nationale Sicherheit Großbritanniens in der alleinigen Verantwortung der britischen Regierung liegt und deshalb britische Streitkräfte nie Teil einer Europäischen Armee sein werden.

Der Brexit hat die EU erschüttert. Großbritannien bleibt zwar Mitglied der NATO, der Europaarmee würden die Streitkräfte der Atommacht, die auch über starke See- und Luftstreitkräfte verfügen, nicht angehören.

Wohl auch deshalb legten die Verteidigungsministerin der Bundesrepublik Deutschland und ihr französischer Kollege dem Treffen der Regierungschefs für die Beratung in Bratislava ein entsprechendes Papier vor, in dem ein stärkeres Europa in Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten und europäische strategische Autonomie gefordert wird. Ausgemacht wird, im Interesse der Glaubwürdigkeit strategische Ziele schnell in Aktionsplänen dazulegen.

Das Weißbuch widmet sich folgenden Hauptfragen:

- den sicherheitspolitischen Interessen und dem Selbstverständnis Deutschlands;
- dem internationalen Umbruch und den Herausforderungen an die Sicherheitspolitik;
- der sicherheitspolitischen Vorsorge und den Gestaltungsfeldern Deutschlands;
- der Bundeswehr der Zukunft – Aufgaben und Auftrag im sicherheitspolitischen Umfeld sowie die Leitprinzipien für die Bundeswehr der Zukunft.

Es ist ein sehr umfassendes und umfangreiches Dokument und deshalb nicht Ziel der Darlegungen, auf alle Fragen einzugehen.

Im Weißbuch wird davon ausgegangen, dass angesichts der Wirtschaftsmacht und der internationalen Vernetzung Deutschlands und der aufstrebenden Volkswirtschaften in Asien und Lateinamerika Deutschland den erreichten Stand halten will.

Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substantiell als Impulsgeber einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.

Deutschland will mitgestalten. dazu ist es auch auf vielen Gebieten in der Lage. Diese Mitgestaltung sollte jedoch nicht durch die Überhöhung der eigenen Rolle erfolgen und nicht anderen Staaten vorschreiben, wie sie zu leben haben. Außerdem sollte deutsche Mitgestaltung der Zusammenarbeit und dem Frieden dienen und den Einsatz militärischer Mittel ausschließen.

Das nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes größere Deutschland hat vor allem eine größere Friedensverantwortung für die ganze Welt.

Die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, so im Weißbuch dargelegt, bestehen im Schutz und in der Sicherung der Souveränität der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in enger Verbindung mit den Partnern der EU und der NATO.

Wenn es um die sicherheitspolitischen Interessen der Bürger geht, so bestehen sie in der tatsächlichen vorbeugenden Beseitigung der Ursachen für kriegerische Handlungen und nicht in der Teilnahme an Militäreinsätzen an der Seite der USA und im Bestand der NATO, wie auch gegenwärtig mit gleichzeitig 17 Militäreinsätzen demonstriert wird.

Als Bedrohung für die Sicherheit werden im Weißbuch genannt:

- Machtverschiebungen und die Bildung neuer Bündnisse;
- Terrorismus;
- zwischenstaatliche Konflikte;
- Cyberattacken;
- Aufrüstung und Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln;
- Klimawandel;
- Migration und
- Verbreitung von Krankheiten und Seuchen.

Der Sicherheitsbegriff ist berechtigt sehr breit gefasst.

Es ist offensichtlich, dass den meisten aufgeführten Gefahren, nicht mit militärischen Mitteln zu begegnen ist. Es ist doch wohl eher so,

dass Rüstung, Rüstungsexporte, an denen die BRD führend beteiligt ist, und Militäreinsätze auch Ursachen für nichtmilitärische Bedrohungen sind.

Notwendig ist eine Politik, besonders gegenüber Entwicklungsländern, die nicht ihre Ausbeutung, sondern ihre Entwicklung fördert, die den Menschen eine Perspektive gibt, damit sie im Land bleiben und die wirksame Hilfe gibt, gegen Seuchen und Krankheiten.

Damit würde auch Bürgerkriegen der Nährboden entzogen.

Als Hauptgefahr wird die angeblich von Russland ausgehende Aggressivität genannt und als Beweis, der von der Bevölkerung der Krim beschlossenen Beitritt zur Russischen Föderation und der Bürgerkrieg in der Ukraine angeführt.

Zum Beitritt der Krim ist festzustellen, dass das Referendum rechtmäßig verlief. Die UNO-Resolution 2625 (XXV 9 vom 24. 10. 1970) erkennt das Sezessionsrecht ausdrücklich an. Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes hat Vorrang gegenüber dem Souveränitätsanspruch des Staates.

Zu einem analogen Vorgang in der jüngsten europäischen Geschichte bezog die BRD eine ganz andere Position. Sie gehörte zu den ersten Staaten, die den Kosovo nach der Loslösung von Serbien anerkannte.

Auch im Konflikt in der Ukraine ist Russland nicht kriegführende Seite, obwohl es sicherlich unbestritten ist, dass Bürger Russlands daran teilnehmen.

Nicht behandelt wird die Frage, welche Rolle die Westmächte bei der Auslösung des Konfliktes in der Ukraine spielten. Der Vorwurf im Weißbuch, Russland habe die Friedensordnung in Frage gestellt, ist nicht gerechtfertigt. Für eine Aggressivität Russlands gibt es keinen Beleg. Russland hat in seiner jüngeren Geschichte kein anderes Land bedroht oder überfallen.

Die westlichen Politiker können mit dem wieder erstarkten Russland wenig anfangen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und unter der Macht Jelzins hegte man die Hoffnung, dass Russland als Großmacht ausscheidet, obwohl es ja als Veto-Macht der UNO weiterhin großen Einfluss auf die Weltpolitik hatte. Russland ist wieder erstarkt und als Großmacht auf die Weltbühne der Politik zurückgekehrt.

Darauf haben auch die Sanktionen des Westens wenig Einfluss. Russland ist nun einmal das größte kapitalistische Land Europas, betreibt kapitalistische Politik, die allerdings für die Menschheit besser ist, als die der Westmächte. Russland hat globale Interessen und will Einfluss auf die Weltpolitik ausüben.

Das wollen die USA und ihre Verbündeten verhindern.

Wenn ich hier hervorhebe, dass Russland das größte kapitalistische Land Europas ist, dann um zu zeigen, dass ich nicht die Sowjetunion in Schutz nehme, sondern mein Verständnis für eine reale Politik Russlands zum Ausdruck bringe.

Entgegen den Beteuerungen von 1990 ist die NATO bis an die Grenzen Russlands vorgerückt. Dass Russland seine Truppen in der bedrohten Richtung stationiert, ist eine Folge der Politik, die von der NATO betrieben wird und die in den Beschlüssen von Warschau und Bratislava erhärtet wurde.

Wenn ein Großteil der Bürger in den westlichen Ländern der Propaganda von der Aggressivität Russlands glaubt, dann ist das eine Folge aus der Zeit der Blockkonfrontation, als die Vermittlung von Feindbildern ein zentrales Element des Kalten Krieges war.

Schon auf Grund des militärischen Kräfteverhältnisses hat kein Land der NATO einen Angriff Russlands zu befürchten. Denn der Überfall auf ein Mitgliedsland wäre immer ein Angriff gegen die NATO. Außerdem hat Russland die 27 Millionen Toten, die zerstörten Städte, Dörfer und Betriebe des zweiten Weltkrieges noch nicht vergessen. Natürlich analysiert Russland sehr aufmerksam die Lage und reagiert auf Bedrohungen, die es empfindet.

Zu diesen Reaktionen gehört die Verstärkung der Truppen in Westen des Landes, die Stationierung von Raketentruppen im Gebiet Kaliningrad und die Wiederbelebung des Stützpunktsystems aus Zeiten der Sowjetunion in anderen Staaten.

Abgeschlossen sind die Verhandlungen mit Syrien, die eine Präsenz Russlands im östlichen Teil des Mittelmeeres sichern.

Auch mit Ägypten werden Verhandlungen über die Wiederinbetriebnahme von Militärobjecten in Sidi-Baranni geführt.

Für möglich gehalten wird auch die Nutzung früher aufgegebenener Stützpunkte in Südostasien, Afrika und Lateinamerika.

Zur Stärkung der Küstenverteidigung und zur Begegnung der Ansprüche Japans auf die Kurilen hat Russland auf den Inseln Irurup und Kunashiri Seezielraketen stationiert.

Was die Haltung des Westens zu Russland betrifft, äußerte der Präsident Russlands in einem Interview gegenüber der Bildzeitung einmal, dass die Westmächte den eisernen Vorhang nicht verschrotet, sondern nur gen Osten verschoben haben.

In dem Buch des russischen Historikers Starikow „Wer zwang Hitler zum Krieg gegen Stalin“ fand ich die Aussage, dass der Westen erst ruhig sein wird, wenn Russland auf die Größe von Andorra geschrumpft ist. An beiden Zitaten ist etwas Wahres.

Sicherheit, wie das Weißbuch sie versteht, ist mit Russland nur auf gleicher Augenhöhe möglich. Der Versuch Russland zu isolieren, muss zugunsten eines Systems der europäischen Sicherheit aufgegeben werden. Als erster Schritt dazu muss die weitere Ausdehnung der NATO und die Stationierung von NATO-Truppen an der russischen Westgrenze beendet werden.

Die Erhöhung der Rüstungsetats der NATO-Staaten muss gestoppt werden. Der Prozess der Abrüstung muss belebt werden. Die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zu Russland wäre dem Weltfrieden dienlich.

Russland ist für Deutschland ein echter strategischer Partner, mit dem gemeinsam einigen der genannten Bedrohungen begegnet werden kann. Ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Russland hätte Signalwirkung für Europa und wäre gut für den Weltfrieden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihr Militär seit 1990 radikal reduziert. Der Personalbestand sank von insgesamt 700.000 (beide Deutschen Staaten) auf rund 180.000.

Deutschland musste auf Grund des 2 + 4 - Vertrages reduzieren und konnte es, da Deutschland keine militärische Gefahr droht. Es ist nur von befreundeten Staaten umgeben.

Gegenwärtig werden jedoch die Streitkräfte auf Grund der Auslandseinsätze um 10.000 Stellen aufgestockt und es sollen weitere Stellen für Einsatzkräfte durch die Ausdünnung der Verwaltungen

gewonnen werden.

Da Deutschland ein hochentwickeltes Industrieland ist, verfügt es über moderne Streitkräfte, die jedoch, wie wir aus der Presse wissen, nicht wenige technische Probleme haben. Im Interesse der Bundeswehr sollen bis 2024 die Verteidigungsausgaben entsprechend dem NATO-Ziel auf 2% des Bruttoinlandsproduktes erhöht werden. Fragt sich, ob im Interesse der Lösung der globalen Probleme diese Mittel nicht für andere Aufgaben besser einzusetzen wären.

Auf dem Gebiet der Rüstung wird eine breite Kooperation angestrebt. Das betrifft sowohl die Herstellung von Bewaffnung und Ausrüstung als auch die Ausstattung der Streitkräfte der EU- und der NATO-Staaten.

Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der EU und der NATO werden gefördert, wenn dafür besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen sprechen. Deutschland gehört heute schon zu den größten Rüstungsexporteurern und liefert Bewaffnung und Ausrüstung in Krisengebiete und auch an Staaten, denen Verletzung von Demokratie und Menschenrechten nachgewiesen werden.

Obwohl Deutschland für eine Welt ohne Atomwaffen eintritt, beteiligt es sich durch die Lagerung von US-Atomwaffen auf deutschem Boden an der atomaren Abschreckung.

In diesem Zusammenhang erinnere ich nochmal daran, dass Deutschland einer der Staaten ist, die gegen die in die UNO eingebrachte Resolution für die Abschaffung der Atomwaffen gestimmt hat.

1999 hat Deutschland den Schwur, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen soll, gebrochen. Seit dem Krieg gegen Jugoslawien ist Deutschland an allen Kriegen der USA und der NATO in irgendeiner Form beteiligt; sei es durch Bereitstellung von Basen für den Gefechtseinsatz der Verbündeten, durch sicherstellende oder unmittelbare Kampfeinsätze. Deutschland stellt nach den USA für Kriegseinsätze die größten Kontingente.

Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee, sondern eine Armee im Einsatz. So heißt es in einer Antwort des Bundesverteidigungs-

ministeriums auf eine Anfrage des Berliner Rechtsanwaltes Wolfgang Hegner. Sie ist eine Armee im Kriegseinsatz.

Die Sicherheitsvorsorge Deutschlands soll durch folgende Strategie gewährleistet werden:

- Stärkung des Landes und der Bevölkerung durch Resilienz □*) und Robustheit gegen aktuelle und künftige Gefährdungen;
- gemeinsame Politik mit den Verbündeten in der NATO, in der EU und den USA zur glaubhaften Abschreckung;
- Anpassung an das Sicherheitsumfeld und weitere Verzahnung in der NATO mit dem Ziel, eine Sicherheitsordnung zu schaffen, die alle Staaten Europas einbezieht!

Bei der Realisierung dieser Ziele schreibt das Weißbuch der Bundeswehr die entscheidende Rolle zu.

Die Aufgaben der Bundeswehr und die Voraussetzungen für ihre Erfüllung sind im Weißbuch umfangreich dargelegt. Sie ergeben sich aus den Prioritäten der deutschen Sicherheitspolitik, aus den internationalen Verpflichtungen und der Verantwortung des Landes sowie den Verpflichtungen gegenüber den Bündnispartnern.

Dabei wird davon ausgegangen, dass sich die Bedingungen gegenüber der Zeit des Kalten Krieges grundlegend geändert haben. Das betrifft besonders die Vorwarnzeiten, die wesentlich kürzer sind und den Einsatz einer schnellen Eingreiftruppe erfordern.

Welche Aufgaben sind für die Bundeswehr im Weißbuch formuliert?

- Verteidigung der Souveränität und territorialen Integrität der Bundesrepublik Deutschland;
- Teilnahme an der Stärkung der Resilienz von Staat und Gesellschaft gegen äußere Bedrohungen:
- Stützung der außenpolitischen und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik;
- Sicherung des Welthandels und der Versorgungswege gemeinsam mit den Verbündeten;

□* Resilienz ist aus dem Lateinischen abgeleitet und entspricht der psychischen Widerstandsfähigkeit. Er beschreibt die Fähigkeit Heranwachsender, Entwicklungskrisen zu bewältigen und sie durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen als Anlass für die weitere Entwicklung zu nutzen.

- Verteidigung der Verbündeten und Schutz ihrer Staatsbürger;
- Förderung der Integration und der Zusammenarbeit mit den Verbündeten und
- Bereitschaft zur Teilnahme an der Terrorabwehr.

Diese prinzipiellen Aufgaben sind im Weiteren detailliert aufgeschlüsselt und beschrieben.

Was fällt ins Auge?

Die Bundeswehr wird als ein moderner Arbeitgeber dargestellt. Sie befindet sich in Konkurrenz mit Wirtschaft und anderen Institutionen und kämpft mit Ihnen um die besten Kräfte.

Es erweckt den Anschein, dass die Erfüllung der Aufgaben nicht patriotische Pflicht ist, sondern dass der Dienst ein Job ist, der Qualifizierung und ein gutes Gehalt verspricht.

Das ist sicherlich dem Umstand geschuldet, dass es auf Grund der fehlenden Bedrohung an Motivation für den Dienst in der Bundeswehr mangelt. Wird der Soldat hier nicht zum Söldner degradiert, der jeden Befehl ausführt, weil es sein Job ist?

Dazu passt auch, dass in Erwägung gezogen wird, Bürger der Europäischen Union in der Bundeswehr dienen zu lassen. Für Bürger aus den ärmeren EU-Staaten sicherlich eine gute Verdienstmöglichkeit.

Wie steht das in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Grundlagen, die den Dienst in der Bundeswehr bestimmen?

Wird die Bundeswehr in Zukunft in ihrem Bestand Söldnereinheiten haben oder ist das der Vorgriff auf die Europaarmee, die laut Beschlüssen der Regierungschefs der EU von Bratislava geschaffen werden soll?

Wenn man die sicherheitspolitischen Zielsetzungen mit den geplanten militärischen Maßnahmen vergleicht, stellt man eine Diskrepanz fest. Führt nicht die Schaffung eines Hauptquartiers der EU und der Europaarmee zur Bildung von Gegenbündnissen, die ja bei den Sicherheitsbedrohungen im Weißbuch als ein Faktor genannt sind.

Hauptaufgabe der Bundeswehr sind im Prinzip Auslandseinsätze. Im Weißbuch heißt es:

„Die Auslandseinsätze der Bundeswehr der vergangenen 20 Jahre

wurden im Einklang mit den völker- und verfassungsrechtlichen Vorgaben im Rahmen und nach den Regeln von Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit geführt.“ Hier setzen die Autoren auf unser schlechtes Gedächtnis. Die Teilnahme am Krieg gegen Jugoslawien 1999 widersprach dem Völkerrecht.

Wie soll man sich zu den Auslandseinsätzen stellen? Ich persönlich halte sie für angebracht, wenn sie auf Beschluss des Weltsicherheitsrates beruhen, der Friedensstiftung dienen, in strikter Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zur Beilegung von Konflikten erfolgen, dazu das Einverständnis der Konfliktparteien vorliegt und Waffeneinsatz nur zum Schutz der eigenen Person erfolgt. Das war bisher in den wenigsten Einsätzen der Fall.

Nach der Überwindung der Blockkonfrontation und der Auflösung des Warschauer Vertrages wird von der neuen NATO gesprochen. Die „Neue NATO“ (nach der 1991 in Rom beschlossenen neuen Strategie, die 1999 modifiziert wurde) hält den Einsatz von Militär auch ohne UNO-Mandat für gerechtfertigt:

- zur Terrorismusbekämpfung;
- zur Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten;
- zur Bekämpfung eines Krieges, woher immer er droht und
- zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen.

Beispiele für derartige Kriege haben wir in der jüngsten Vergangenheit erlebt.

Strittig ist auch die Teilnahme der Bundeswehr an der Terrorismusbekämpfung im eigenen Land.

Kampf gegen Terrorismus ist eine Aufgabe des Bundesgrenzschutzes und der Polizei. Sie müssen personell und ausrüstungsmäßig so entwickelt werden, dass sie diese Aufgabe bewältigen können.

Was sagt dazu das Grundgesetz?

Nach Artikel 87 a (4) ist der Einsatz der Streitkräfte nach Innen möglich bei drohender Gefahr für den Bestand des Landes oder bei der Gefährdung der freiheitlich demokratischen Ordnung. Voraussetzung ist, dass Polizei und Bundesgrenzschutz nicht ausreichen.

Die Führung des Kampfes gegen den Terrorismus soll in den Händen des Ministeriums des Innern liegen. Es ist offensichtlich, dass der Artikel viele Möglichkeiten zur Auslegung bietet. Der ehemali-

ge Admiral der Bundeswehr, Elmar Schmähling, hat einmal darauf hingewiesen, dass die Führung der Bundeswehr, wenn die Aufgaben ausgehen, sich im Interesse des Erhalts andere Aufgaben suchen wird. Eine solche Aufgabe könnte die Terrorabwehr sein.

Abschließend wird von den Autoren des Weißbuches festgestellt, dass die Bundeswehr perspektivisch mit Herausforderungen konfrontiert wird, auf die sie weder hinreichend eingestellt noch nachhaltig vorbereitet ist.

Das Weißbuch macht deutlich: Deutschland sieht sich schon als Großmacht. Daher der Anspruch auf mehr Verantwortung.

Das Weißbuch unterstreicht zu mindestens die Vormachtstellung Deutschlands in der EU. Das ist der Ausdruck des neuen Selbstverständnisses des deutschen Imperialismus. Entgegen den historischen Erfahrungen soll der militärische Faktor bevorzugtes Mittel der Politik werden.

Mit dieser Politik setzen wir uns auseinander. Ein wichtiger Schritt dazu war die durch unseren Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR initiierte Erklärung „Soldaten für den Frieden“.

Diese Arbeit müssen wir gemeinsam mit allen Kräften, die für einen dauerhaften und stabilen Frieden eintreten, fortsetzen.

Ein Schwarzbuch ganz in Weiß

Gedanken zum 12. Weißbuch über die Sicherheitspolitik und die Zukunft der Bundeswehr von Walter Müller, Oberstleutnant a.D. der NVA

In den Weißbüchern veräußert die Bundesregierung periodisch ihre Ansichten über Gut und Böse in der Friedensfrage. Allesamt belegen diese Kursbücher den Abschied Deutschlands vom Reglement einer Zivilgesellschaft auf dem Weg zur militärischen Führungsmacht Europas.

Dass Männer Kriege machen, wie man von Herbert Grönemeyer immer wieder hört, wird von den Vorwortschreiberinnen des

jüngst erschienenen Weißbuches, Angela und Ursel, glänzend widerlegt, Frauen machen das auch.

Wenn Frau Merkel zudem in ihrer Laudatio unterstellt, dass nun auch alle Lohn- und Nichtlohnempfänger, alle prekarisierten Rentner, Frauen und Kinder und darüber hinaus auch das nicht mehr mit wählende Drittel aller Deutschen mit ihr und ihresgleichen gemeinsam in einem Boot sitzen, dann ist das kein Missverständnis, sondern eine unzulässige Vereinnahmung.

Die von ihr erkannten Gefahren für die Sicherheitslage resultieren aus dem möglichen Verlust *unserer* gemeinsamen Werte, *unserer* Grundpfeiler für deutsche Außenpolitik, *unseres* transatlantischen Bündnispartners, *unserer* freiheitlichen Art zu leben, *unserer* Pflicht, die Bundeswehr mit den erforderlichen Ressourcen auszustatten, alles Risiken für die Sicherheit und das Fortwirken der herrschenden politischen Klasse. „Deutschlands strategische Prioritäten sind“ also nicht, wie es im Weißbuch heißt, „*unsere* Werte und Interessen“, sondern beim genaueren Hinsehen die Werte und Interessen der ökonomischen und finanziellen Machtzentren, der Rüstungsindustrie und Unternehmerkartelle. Dass hierbei Mein und Dein nicht auseinandergehalten werden, ist ein durchgängiger und gewollter Grundfehler dieses Weißbuches.

Das Weltgeschehen, auf das das Weißbuch zu reflektieren vorgibt, ist überschaubar. Drei seiner wichtigsten Merkmale verdienen hier hervorgehoben zu werden:

Da ist **erstens** der globale Macht- und Führungsanspruch der USA, dem sich die Autoren des Weißbuches kritiklos unterwerfen. An zweiter Stelle steht der hierzulande immer wieder nachwachsende Militarismus, der als Vehikel für globales deutsches Tonangeben, insbesondere in Europa, herhalten muss. Und drittens schließlich setzt Verantwortungsübernahme für die ganze Welt unablässig die Legitimation dafür, also die Rechtfertigung für deren Neuaufteilung, auf die Tagesordnung. Dafür braucht es das Heraufbeschwören eines Feindbildes. Ein Bösewicht muss her, ein Rivale. Ohne Geister keine Geisterbahn. Ohne Gefahr aus dem Osten, brauchte es keine NATO, keine Aufrüstung, keine Frau von der Leyen samt ihrem Weißbuch. Die Geschichte Amerikas war nicht nur eine enorme Revolutionierung der Produktionsverhältnisse, der Märkte

und des Verkehrs, sie war auch immer eine Geschichte von Gewalt, Expansion und Kolonialismus. Profitmaximierung braucht Bewegungsfreiheit und die Beseitigung der nationalen Schranken, braucht Kriege zur Eroberung von Absatzmärkten und Rohstoffquellen, braucht Gewalt für die Eroberung fremder Territorien und die Unterwerfung anderer Völker, schreibt Lenin schon 1916 in seiner berühmten Imperialismusanalyse. Und genau so schlägt es sich auch im neuen Weißbuch der Bundesregierung nieder. Eine aufgeteilte Welt war gestern. Das Heute will Neuverteilung. Der gebildete Bürger weiß, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln und die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus die Ursachen von Kriegen sind. Kein Wunder also, dass die USA und die NATO allein seit 1945 - so die Chronik - weltweit an über dreihundert Kriegseinsätzen und Militäraktionen maßgebend mitgewirkt, sie sogar inszeniert haben. Auf der ganzen Erde hat die Supermacht Amerika mittlerweile ihre Soldaten in Stellung gebracht, Stützpunkte installiert, Regierungen gestürzt und über 65 Millionen Menschen aus ihren wirtschaftlich ruinierten und vom Krieg zerstörten Ländern vertrieben. Kein Land der Erde verfügt über so viel Spezialisten und Fachleute für Kriegsgezänk und Räuberei, Mord und Totschlag, wie die USA.

Mit 596 Milliarden US-Dollar investieren die Amerikaner neun Mal mehr Mäuse in den Militäretat als die Russen mit ihren läppigen 66,4 Milliarden.

Gestützt auf ihr ökonomisches und politisches Potential, ihre militärische Überlegenheit und die Wirkung ihrer Massenkultur, glauben sich die Vereinigten Staaten von Amerika in der Rolle des Messias, streben sie die Hegemonie über die ganze Welt als Akt der Befreiung an. „Eurasien ist der Mittelpunkt der Welt und wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt. Europa ist Brückenkopf. Der globale Führungsanspruch der USA kann sich nur verwirklichen lassen, wenn Russland als Machtfaktor verschwindet“, lässt uns Zbigniew Brzezinski, der ehemalige Sicherheitsberater amerikanischer Präsidenten, wissen. Hat Brzezinski am Weißbuch etwa mitgeschrieben?

Gemeinsam mit den USA haben die europäischen Staaten eine einzigartige Friedensordnung geschaffen“, heißt es im Weißbuch. Eine höchst fragwürdige Ordnung, wenn man sich mit der Einzigartig-

keit derselben näher befasst. Was ist das für eine Friedensordnung, in der sich die Bundeswehr mit derzeit siebzehn Auslandseinsätzen zunehmend an der militärischen Lösung internationaler Probleme beteiligt?

In der Deutschland Konfliktparteien allerorts (auch Kriegführende, obwohl durch Exportgrundsätze der Bundesregierung verboten) mit Kriegsgeräten, Waffen und Munition versorgt und damit ständig zur Verunsicherung der Weltlage beiträgt? Eine Ordnung, in der Deutschland bei der Organisation des NATO-Aufmarsches vor den Westgrenzen Russlands tatkräftige Schützenhilfe leistet? Eine Friedensordnung, die an der Seite der USA eine Dezentralisierung der politischen Führung in Moskau, die Spaltung des Landes und einen Gesinnungswandel im postsowjetischen Raum zu erpressen versucht. Eine solche Ordnung dient nicht dem Frieden, sie ist einfach nur eine ordinäre Pause zwischen verheerenden Kriegen.

Frau Merkel lügt, wenn sie die veränderte Weltlage aus den jüngsten Geschehnissen in der Ukraine herleitet. Seit Jahrzehnten - Brzezinski hat es schon vor zwanzig Jahren ausgeplaudert - ist die politische, wirtschaftliche und militärische Erosion der Ukraine Hauptziel der NATO-Osterweiterung. Dutzende strategische Konzeptionen der USA und Sicherheitskonferenzen der NATO bestätigen das. Das jetzt von Frau Merkel entdeckte Gefährdungsspektrum geht nicht von den Russen aus, es wurde langfristig von jenen initiiert, die in der Ukraine ein Bedrohungspotential gegen Moskau geschaffen haben. Ohne den Schwindelanfall von Angela wäre das ganze Weißbuch Makulatur.

Der Kalte Krieg ist eine Konfrontation zwischen Staaten oder Bündnissen unterhalb der Schwelle zum heißen Krieg. Keineswegs nur das versteckte Austeilen von Gehässigkeiten, sondern eine spezifische Form des politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Klassenkampfes. Von unterschiedlicher Intensität zwar, aber immer gegenwärtig, ununterbrochen. Obwohl der Kalte Krieg von der Pariser Charta für ein neues Europa (21.11.1990) für beendet erklärt wurde, hat er nie aufgehört.

Entscheidende Impulse erhielt der Kalte Krieg nach 1945 von seinen geistigen Vätern, dem britischen Premier Winston Churchill und dem US-Präsidenten Harry Truman. Churchill - für Peter Hacks der

begabteste Schurke unserer Zeit - forderte in seiner berüchtigten Fulton-Rede (05.03.1946) den Westen auf, einen eiserne Vorhang herunterzulassen und mit militärischer Stärke und Überlegenheit den vermeintlichen Angriffsabsichten Moskaus auf die christliche Zivilisation Einhalt zu gebieten. Trumans Rede vor dem US-Kongress (12.03.47) ging als Truman-Doktrin, als Kurs des Zurückdrängens des Kommunismus in die Geschichte ein. Beiden Politikern ging es damals um eine „Befreiung“ aus den Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens und vor dem Hintergrund des US-Atomwaffenmonopols, um ein Abstecken der neuen globalen Interessenfelder. Wozu hier der historische Rückblick? Moskau ist noch immer die Hauptstadt von Feindesland. Der Kalte Krieg ging nach 1990 nahtlos von seiner antikommunistischen in eine antirussische Phase über. Eine neue Phase um die Vorherrschaft im eurasischen Raum. Mit dem Weißbuch dokumentiert die Bundesregierung ihren Kalten Krieg, ihre inoffizielle Kriegserklärung gegenüber Russland und Staaten in seinem Umfeld.

Es ist nicht nur die Hehlerrolle Deutschlands bei der Verwirklichung des imperialen Alleinvertreteranspruchs der USA in der Welt, nicht nur die Definition des gemeinsamen Feindes und der gemeinsamen Werte. Es ist auch die deutsche Arroganz und hemmungslose Ermächtigung, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen zu dürfen, wenn es gegen eine „schlechte Regierungsführung“ politische Tatsachen zu schaffen gilt. So steht es im Weißbuch. Verkürzt und ins Deutsche übersetzt heißt das:

Schlechten Regierungen von Nordafrika über die Sahelzone, das Horn von Afrika, den Nahen und mittleren Osten bis Zentralasien den Rücken stärken, ihnen helfen ihre Legitimationsdefizite wieder aufzubügeln, und sie so widerstandsfähiger zu machen (gegen wen oder was eigentlich?). Auch den Zugriff auf globale Güter, Versorgungs- und Handelslinien etc., lassen wir uns nicht nehmen. Beeinträchtigungen werden wir mit unseren Verbündeten beseitigen. Da kann es auch mal ein robustes militärisches Eingreifen geben, wenn damit der Diplomatie der Weg „freigeschossen“ werden muss.

Widerstand ist zwecklos! Die Unartigen bekommen so lange eine auf die Zwölf, bis sie zur NATO überlaufen. Die Einsichtigen werden mit

Ertüchtigungsinitiativen belohnt, müssen sich dann aber auch auf eine höhere Rüstungsinvestitionsquote einlassen. Basta!

„Die aktuelle Krise ist die schlimmste und potentiell gefährlichste Konfrontation zwischen den USA und Russland seit der Kuba-Krise. Das ist Kalter Krieg und sein Epizentrum liegt gegenwärtig an den russischen Grenzen“, lässt uns der bekannte amerikanische Politologe Steven Cohen wissen. Und er hat Recht. Die neue Phase des Kalten Krieges ist noch unberechenbarer, noch brisanter als ihre Vorkriegsvariante. Im Weißbuch geht es nicht um Verteidigung, sondern um Angriff. Damit ist die deutsche Sicherheitspolitik zu einer Politik der höchsten Verunsicherung verkommen, denn sie rückt einen Krieg zwischen den Atommächten USA und Russland, ausgefochten hier in Europa, in den Bereich der Möglichkeit.

Ein solcher Krieg ist heute aber nicht mehr durchführbar, weil es in seinem Ergebnis keine Sieger geben wird, sondern nur noch zu bilanzieren ist, ob ihn die menschliche Zivilisation überlebt hat.

Im Weißbuch lesen wir, „Alles Handeln der Bundeswehr unterliegt dem Primat der Politik.“ Das klingt erst mal gut. Auch Carl von Clausewitz unterstreicht in seinem Buch *Vom Kriege* die Notwendigkeit der Unterordnung des militärischen unter den politischen Gesichtspunkt. Vorausgesetzt allerdings, die Politik ist Repräsentant aller Interessen der ganzen Gesellschaft.

Er sagt sogar: *„Es ist ein widersinniges Verfahren, bei Kriegsentwürfen Militär zu Rate zu ziehen, damit sie rein militärisch darüber urteilen sollen, wie die Kabinette wohl tun. Die Erfahrung lehrt, dass die Hauptlineaments des Krieges oder des Plans dafür, immer von den Kabinetten, von einer politischen, nicht militärischen Behörde bestimmt worden sind“.*

Das klingt für das Weißbuch der Bundesregierung nicht mehr so gut, denn angesichts der Tatsache, dass etwa 70 bis 80 Prozent der Deutschen den Kriegs- und Aufrüstungskurs der Regierenden ablehnen und nicht mittragen wollen - von einer Zustimmung zur Einbindung deutscher Interessen in die Hegemonialpläne der USA ganz zu schweigen - kann von einer diesbezüglichen Interessenrepräsentanz auf Seiten der Bundesregierung nicht die Rede sein. Insofern werden im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit zu-

nehmend politisch-soziale durch gewaltförmige Problemlösungsstrategien ersetzt. Ex-Bundeswehr-Admiral E. Schmähling bringt es auf den Punkt:

Die Strategiepapiere der Bundeswehr sind beispielhaft dafür, wie politische Entscheidungskompetenzen militärisch okkupiert werden. Das Militär definiert die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik aus den Aufgaben, die es für sich erwartet. Nicht nur definiert das Militär die politischen Rahmenbedingungen, es ist ebenso führend in der Neudefinition der militärischen Bedrohungen.

Es ist die Stunde der Falken. Grundsätze ändern sich. Handlungen, die das Zusammenleben der Völker gefährden, werden wieder salonfähig. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht noch, „Die strategischen Ziele der Außenpolitik sollten **vorrangig** mit den Mitteln der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und Entwicklungszusammenarbeit verwirklicht werden.“

Das neue Weißbuch setzt dagegen auf den Vorrang militärischer Abschreckung. Das Primat der Politik ist nicht gesichert, wenn sich das Militärische der Politik bemächtigt hat. Das Primat der Politik wird zur Utopie, wenn die Militärs von der „Leyenspielgruppe“ die Regierungserlasse schreiben.

Schluss mit der sicherheitspolitischen Selbstinszenierung des deutschen Militarismus, der schon immer unfähig war, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen! Nur eine starke Friedensbewegung kann den Wahnsinn stoppen. In unserem eigenen Interesse muss es uns gelingen, den Antagonismus zwischen Ost und West, die Spirale von Drohung und Gegendrohung zu überwinden.

Abrüsten ist das zentrale Ziel“

Bundesausschuss Friedensratschlag verständigt sich über zentrale Forderungen der Friedensbewegung

Bundeswehr und NATO abrüsten!

Das von verschiedenen Regierungen von NATO-Staaten jüngst wieder auf der Münchner Sicherheitskonferenz bekräftigte Vorhaben, die Ausgaben für Rüstung, Militär und Krieg auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) massiv zu steigern, hält der Bundesausschuss für einen grundfalschen Weg. „Die Interessenunterschiede zwischen NATO und Russland lassen sich nicht durch noch mehr Rüstung der NATO aus der Welt schaffen. Schon heute gibt die NATO zehnmal so viel für das Militär aus wie Russland und hat viermal so viele Soldaten unter Waffen“, sagt einer der Sprecher des Bundesausschusses Lühr Henken. Die Spannungen in Europa, das Säbelrassel an den NATO-Ostgrenzen würden dadurch noch zunehmen, die Kriegsgefahr steige. „Wir brauchen nicht mehr NATO-Rüstung, sondern weniger NATO. NATO und Bundeswehr müssen ihre Potentiale abbauen. Vertrauensbildende Maßnahmen, die zu völkerrechtlich verbindlichen Verträgen zur Rüstungskontrolle führen, sind erste Schritte dahin,“ sagt Willi van Ooyen, ebenfalls Sprecher des Bundesausschusses. Der Bundesausschuss stellt deshalb die Forderung nach Abrüstung von Bundeswehr und NATO ins Zentrum. Es würden Gelder verschwendet, die in den Bereichen Soziales, Bildung, Integration und Infrastruktur dringend benötigt werden.

Bundeswehr aus Auslandseinsätzen abziehen!

Die Bundeswehr weitet ihre Auslandseinsätze aus. Kontingente wie in Mali werden aufgestockt, im Baltikum erweitert und Ausweitungen in Syrien/Irak sowie in Afghanistan werden öffentlich herbeigeredet. Die Erfahrungen zeigen, dass Krieg nicht zum Frieden, sondern zu Leid, Zerstörung, Tod, Chaos und Staatszerfall führt. Deshalb bleibt für den Bundesausschuss die Forderung nach Abzug der Bundeswehr aus Auslandseinsätzen eine zentrale Forderung an die Bundesregierung.

Atomwaffen abschaffen – auf „nukleare Teilhabe“ verzichten

Ankündigungen des US-Präsidenten Trump im Zuge seiner „Amerika first“-Politik das US-Atomwaffenarsenal zu vergrößern und den atomaren Abrüstungsvertrag New Start von 2011 mit Russland in Frage zu stellen, machen die Forderung nach atomarer Abrüstung drängender denn je. Der Bundesausschuss wirft der Bundesregierung schweres Versagen vor. „Das zeigt sich auch darin, dass sie dem öffentlichen Herbeireden von einer atomaren Bewaffnung Deutschlands und Europas freien Lauf lässt,“ sagt Lühr Henken. „Ihre Weigerung, an UN-Verhandlungen zum Atomwaffenverbot teilzunehmen, ruft Empörung und Protest hervor“, so Willi van Ooyen. Für den Bundesausschuss ist die Forderung nach atomarer Abrüstung und dem Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel in der Eifel sowie das Ende der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands an den US-Atomwaffen von zentraler Bedeutung im Wahljahr.

Waffenexporte stoppen!

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichte im Februar ihre Zahlen über den weltweiten Rüstungshandel 2016. Deutschlands Weltmarktanteil steigerte sich von 6,3 Prozent (2015) auf 9 Prozent (2016). Die Zahlen für Deutschland lassen den Bundesausschuss Alarm schlagen. Es belegt damit weltweit nach den USA und Russland Platz 3 und ist wieder nach 2014 der größte Waffenexporteur der EU.